



HESSISCHER LANDTAG

01. 07. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

**Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten,
Fraktion DIE LINKE**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV § 1 HUAG und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 15 Mitglieder an (5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 3 SPD, 2 AfD, 1 Freie Demokraten, 1 DIE LINKE).

Die Umstände des rassistischen Terroranschlags am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem neun junge Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Mutter des mutmaßlichen Täters Tobias R. getötet und weitere Personen zum Teil schwer verletzt wurden, macht eine Untersuchung der Vorgänge innerhalb der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden notwendig. Dabei liegt die strafrechtliche Aufklärung des Tatgeschehens im Kompetenzbereich des Generalbundesanwalts. Aufgabe des Hessischen Landtages ist es, eventuelle Versäumnisse der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden, Probleme in verwaltungsmässigen Abläufen und Defizite der bestehenden Strukturen zu untersuchen.

Der Untersuchungsausschuss hat den konkreten Auftrag, Handeln und mögliches Unterlassen der Hessischen Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden aufzuklären, die im Zusammenhang mit dem rassistischen Anschlag von Hanau stehen oder stehen könnten. Dadurch sollen sich Hinweise auf einen möglichen Veränderungsbedarf bestehender Strukturen der hessischen Sicherheitsbehörden und entsprechende Handlungsempfehlungen ergeben.

Dabei ist insbesondere zu klären:

1. Welche Informationen der Hessischen Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden über Tobias R. und Hans-Gerd R. wann vorlagen und ob mit diesen Informationen sachgerecht umgegangen worden ist.
2. Ob es bei den Erteilungen der Waffenbesitzkarten bzw. des Europäischen Feuerwaffenpasses an Tobias R. Versäumnisse gab und/oder ob die rechtliche Möglichkeit bestanden hätte, die Erteilung aller oder einer dieser Erlaubnisse zu versagen.
3. Welches Handeln oder Unterlassen dazu geführt hat, dass in Hanau die Notrufnummer 110 am Tatabend und davor nur unzuverlässig erreichbar war, wann dieser Umstand welchen Behörden und insbesondere dem hessischen Innenministerium und Innenminister Beuth bekannt war, was aufgrund dieser Kenntnis wann veranlasst worden ist und welche Folgen sich daraus ergeben haben, ob es zum Beispiel Anhaltspunkte dafür gibt, dass bei ordnungsgemäßem Empfang des ersten Notrufes von Vili Viorel Păun Tobias R. von Polizeikräften auf seiner Fahrt vom Heumarkt zur „Arena Bar“ oder auf der Flucht von der „Arena Bar“ weg hätte gestoppt werden können.
4. Welches Handeln oder Unterlassen hessischer Behörden mit ursächlich dafür war, dass der Notausgang der „Arena Bar“ am Tatabend verschlossen war, und
 - a) wann dieser Umstand welchen Behörden auf welche Art und Weise bekannt geworden ist und

- b) ob ein Betreiber oder ein Mitarbeiter der „Arena Bar“ Informationen an Sicherheitsbehörden geliefert hat und wie dieser Umstand sich auf den behördlichen Umgang mit dem verschlossenen Notausgang ausgewirkt hat.
5. Wie die Polizeikräfte an den einzelnen Tatorten vorgegangen sind, um sicherzustellen, alle Opfer möglichst schnell zu finden und sie, soweit noch möglich, notärztlich zu versorgen und ob und gegebenenfalls wie es dazu gekommen ist, dass am Tatort „La Votre“ Kaloyan Velkov zunächst nicht gefunden wurde und ob und gegebenenfalls wie es dazu gekommen ist, dass im Tatort „Kiosk“ am Kurt-Schumacher-Platz der angeschossene Ferhat Unvar lange Zeit nicht versorgt wurde, obwohl er zu diesem Zeitpunkt noch lebte.
6. Welche Einsatzstrukturen am Tatabend nach dem polizeilichen Bekanntwerden der Morde von welchen Polizeibehörden eingerichtet worden sind und wann genau der Generalbundesanwalt das Verfahren übernommen hat, wie und mit wem diese Übernahme kommuniziert worden ist und bis wann das hessische LKA noch neben dem BKA durch den Generalbundesanwalt in welcher Form mit Ermittlungen betraut war.
7. Wann genau innerhalb der Polizeistrukturen in der Tatnacht bekannt geworden ist, dass es sich mutmaßlich um einen rassistisch motivierten Anschlag handelt und ob und bis wann von einem anderen Tathintergrund ausgegangen worden ist, wie sich dies auf den Einsatz auswirkte und ob Medien in offiziellen Stellungnahmen oder in Hintergrundgesprächen zu irgendeinem Zeitpunkt am Tatabend oder am nächsten Morgen von hessischen Polizeibehörden oder anderen hessischen Behörden Informationen zum mutmaßlichen Motiv der Taten erhalten haben.
8. Ob und wenn ja, welche Versäumnisse es bei dem Einsatz am Tatabend um/am Haus des Täters, also dem Haus der Familie R., gegeben hat, insbesondere
- a) welches Handeln oder Unterlassen in diesem Zusammenhang dazu geführt hat, dass das Haus des Täters erst gegen 3:00 Uhr am Morgen des 20. Februar 2020 gestürmt wurde, ob es insbesondere zeitweise zu einer Verwechslung des Täterhauses gekommen ist und dies den Zugriff verzögert hat,
- b) ob die Schüsse im Haus von den eingesetzten Beamtinnen und Beamten vor dem Haus gehört wurden und wenn nein, ob bzw. wie dies zu erklären ist,
- c) wie der Zugriff/die Erstürmung im Einzelnen abgelaufen ist und wie im Haus selbst vorgegangen worden ist, warum insbesondere der Leichnam des Tobias R. erst ca. eine Stunde nach dem Eindringen in das Haus gefunden worden ist und
- d) ob und wenn ja wie sich die Beteiligung der 13 SEK-Beamten aus Frankfurt auf das Einsatzgeschehen in der Tatnacht ausgewirkt hat.
9. Welche Versäumnisse es bei dem Umgang mit Überlebenden und den Familien der Ermordeten am Tatabend und am anschließenden Morgen gegeben hat, insbesondere
- a) welche Standards es für hessische Polizeibehörden und die Hessische Landesregierung im Umgang mit Opfern von Terroranschlägen und Gewaltverbrechen gibt und ob diese eingehalten wurden und nach dem Anschlag überarbeitet worden sind,
- b) ob Handlungen und Unterlassen insbesondere dazu geführt haben, dass an den Tatorten „Midnight“ und „Arena Bar“ Überlebende ohne jegliche Versorgung, Betreuung und zum Teil ohne persönliche Gegenstände (wie Geldbörsen, Mobiltelefone etc.) und bei noch unklarer Gefahrenlage von Polizeibeamten vom Tatort weggeschickt worden sind und ob dieser Umgang mit einigen Überlebenden polizeiintern aufgearbeitet worden ist,
- c) wie die Versorgung, die Information und der Kontakt zu den Überlebenden und den Familienangehörigen am Tatabend und danach organisiert war, wie die Identität der Ermordeten jeweils festgestellt worden ist, wie die entsprechende Information der Angehörigen erfolgte und
- d) ob und wenn ja welche Versäumnisse und Rechtsverstöße es bei der Anordnung und Durchführung der Obduktion der Leichname der neun Ermordeten mit Migrationshintergrund gegeben hat.
10. Ob es Zusammenhänge gibt zwischen den Taten am 19. Februar 2020 und dem polizeibekanntem Vorfall im März 2017, bei dem am Außengelände des Jugendzentrums (JUZ) in Hanau-Kesselstadt gegen 22.15 Uhr ein Mann in militärischer Ausrüstung (Tarnanzug, Gesichtsmaske, Sturmbrille und Sturmgewehr) eine Gruppe Jugendlicher bedroht hat, wie

dieser Vorgang damals polizeilich behandelt wurde und was durch hessische Behörden auch nach dem rassistischen Terroranschlag am 19. Februar 2020 getan wurde, um zu klären, ob Tobias R. der Täter dieser Bedrohung im März 2017 war, ob es weiter ähnliche Vorfälle zuvor oder danach in Hanau gegeben hat und welche rechten und neonazistischen Strukturen und Personen seit 2017 insbesondere in Kesselstadt aktiv sind.

Wiesbaden, 1. Juli 2021




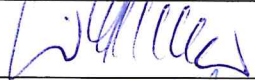
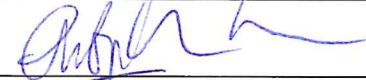
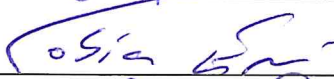


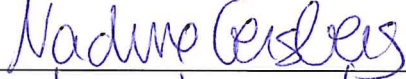
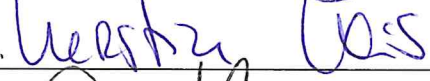
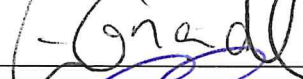
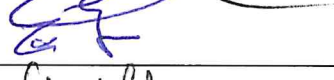

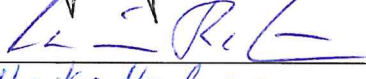
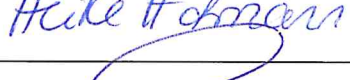



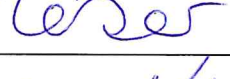
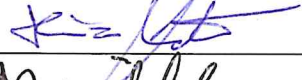
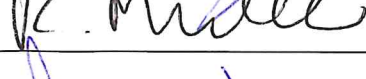

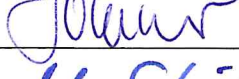

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser




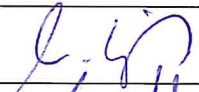
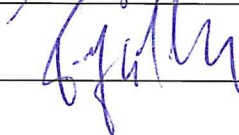
Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock

Für die Fraktion
Die LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler

Anlage:
Unterschriftenlisten
der drei Fraktionen

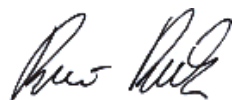
Unterschriftenliste SPD-Landtagsfraktion (20. WP)

Alex, Ulrike	
Barth, Elke	
Becher, Frank-Tilo	
Decker, Wolfgang	
Degen, Christoph	
Eckert, Tobias	
Faeser, Nancy	
Fissmann, Karina	
Gersberg, Nadine	
Geis, Kerstin	
Gnagl, Lisa	
Grüger, Stephan	
Grumbach, Gernot	
Hartmann, Karin	
Hofmann, Heike	
John, Knut	
Kaffenberger, Bijan	
Kummer, Gerald	
Löber, Angelika	
Lotz, Heinz	
Müller, Regine	
Rudolph, Günter	
Sommer, Dr. Daniela	
Strube, Manuela	

Ulloth, Oliver	
Warnecke, Torsten	
Waschke, Sabine	
Weiß, Marius	
Yüksel, Turgut	

Unterschriftenliste Freie Demokraten

René Rock



Jürgen Lenders



Stefan Müller



Dr. hc. Jörg-Uwe Hahn



Dr. Stefan Naas



Moritz Promny



Yanki Pürsün



Marion Schardt-Sauer



Wiebke Knell



Dr. Matthias Büger



Oliver Stirböck



Unterschriftenliste DIE LINKE



Christiane Böhm



Torsten Felstehausen



Elisabeth Kula



Jan Schalauske



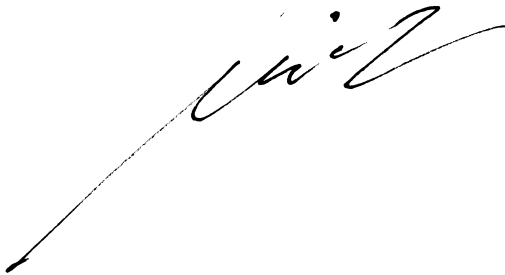
Hermann Schaus

H. Scheuch-Paschkewitz.


Heidemarie Scheuch-Paschkewitz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Saadet Sönmez'.

Saadet Sönmez

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Wilken'.

Dr. Ulrich Wilken

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Janine Wissler'.

Janine Wissler